

STELLUNGNAHME zur Anfrage Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom: 21.08.2012 eingegangen: 21.08.2012	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	38. Plenarsitzung Gemeinderat 18.09.2012 1194 32 öffentlich Dez. 4
Umbenennung der Treitschkestraße in Theodor-Mommsen-Straße		

1. Ist der Stadtverwaltung die führende Rolle des deutschen Historikers Heinrich von Treitschke (1834 - 1896) in Bezug auf den sich verstärkenden Antisemitismus im Deutschland des ausgehenden 19. Jahrhunderts bekannt?

Die Frage der Umbenennung der Treitschkestraße war Gegenstand der Gemeinderatssitzung am 18.05.2011. Sie stand auf der Tagesordnung im Zusammenhang eines Antrags der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion auf Überprüfung des städtischen Straßenverzeichnisses bzgl. Personen, die sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. Der Antrag wurde an den hierfür zuständigen Bauausschuss zur Beratung verwiesen. Dieser beschloss in seiner Sitzung am 11.02.2011 die Anbringung von neuen Zusatzschildern mit einem erweiterten und in den jeweiligen Kontext gesetzten Text u. a. auch für die Treitschkestraße.

Der Text auf dem Zusatzschild an der Treitschkestraße lautet wie folgt:

Heinrich von Treitschke, 1834 - 1896, Historiker, Publizist, Politiker.

Ergänzung:

Er trug mit seinen Publikationen dazu bei, dass der Antisemitismus in der Kaiserzeit gesellschaftsfähig wurde. Die Straße wurde 1898 benannt. Die Benennung entspricht nicht mehr den heutigen Wertevorstellungen.

-
- 2. Hält es die Stadtverwaltung für angemessen, die Benennung einer Straße in der Karlsruher Südstadt nach Heinrich von Treitschke weiterhin aufrechtzuerhalten?**

 - 3. Wird die Stadtverwaltung dem Beispiel etwa von Heidelberg und Nürnberg folgen und die Treitschkestraße in der Südstadt umbenennen?**

 - 4. Was hält die Stadtverwaltung von dem Vorschlag, die Treitschkestraße in Theodor-Mommsen-Straße umzubeneden?**

 - 5. Wird die Stadtverwaltung diesem Vorschlag nachkommen?
Wenn nein, warum nicht?**

Zu 2 – 5:

Von einer Umbenennung wurde und soll auch künftig abgesehen werden. Eine alleinige Verbannung des Namens aus dem öffentlichen Raum, um somit für ein schnelles Tilgen der unliebsamen Vergangenheit zu sorgen, ändert nichts daran, dass es den Antisemitismus gab. Durch den erweiterten Text auf dem Zusatzschild besteht dagegen für die Bevölkerung die Möglichkeit, sich mit der Geschichte kritisch auseinanderzusetzen. Im Übrigen bleibt auch durch diese Lösung die Anwohnerproblematik, die aus zurückliegender Erfahrung bezüglich einer Umbenennung besteht, außen vor.

In Städten wie Hamburg, Hannover und Berlin wurde diese Vorgehensweise ebenso realisiert.